

Ingrid Wehr

Das Parteiensystem des nach-autoritären Chile: Vom polarisierten Pluralismus zur Nordamerikanisierung?

1. Einleitung

Im Gegensatz zur Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten ähnelte Chile bis 1973 in vielen Punkten einer typischen Parteiendemokratie westeuropäischer Prägung (Moulián 1993: 190; Lechner 1985: 34f.). Erste Honorarparteien entstanden – früher als in den meisten lateinamerikanischen Ländern – mit der Herausbildung republikanischer Strukturen im Laufe des 19. Jahrhunderts. Die chilenischen Parteien übten einen entscheidenden Einfluss auf die Weiterentwicklung der demokratischen Institutionen des Landes aus und begründeten die Legitimität und Stabilität des politischen Systems (Nohlen 1973: 72ff.). Öffentliche Ämter auf nationaler und kommunaler Ebene und Gewerkschaftsposten wurden ausschließlich über politische Parteien besetzt. Als wichtigste intermediäre Organisationen zwischen Zivilgesellschaft und politischem System genossen die chilenischen Parteien auch eine besondere verfassungsrechtliche Stellung. Ihre Rechte als zentrale Träger der öffentlichen Willensbildung wurden explizit in Art. 25 der Verfassung von 1925 festgelegt und in den folgenden Jahrzehnten sukzessive ausgeweitet (Soyke 1975: 209ff.).

Seit der Herausbildung des ersten rudimentären Parteiensystems im Laufe des 19. Jahrhunderts ist das stark fragmentierte chilenische Parteienspektrum in drei programmatisch klar getrennte Blöcke gespalten, deren Stärke jedoch im Laufe des 20. Jahrhunderts stark variierte (Montes/Mainwaring/Ortega 2000). Die charakteristische Dreiteilung von Parteienlandschaft und Wählerschaft, die von zahlreichen Sozialwissenschaftlern hervorgehoben wird, lässt sich – anknüpfend an Lipset/Rokkan (1967; auch Wehr 2001) – durch das Auftauchen dreier fundamentaler sozialer Konfliktlinien in der chilenischen Gesellschaft erklären. Diese *cleavages* sorgten zu verschiedenen historischen Zeitpunkten für politischen Zündstoff und führten zur Gründung politischer Parteien seitens der Konfliktakteure. Ausschlaggebend für die Herausbildung eines ersten rudimentären Parteiensystems war zu-

nächst die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche Mitte des 19. Jahrhunderts. Den zweiten wesentlichen Entwicklungsschub erhielt das politische System zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit dem Aufkommen der sozialen Frage, die den religiösen Konflikt zwar nicht ganz verdrängte, aber doch überlagerte. Die dritte entscheidende Umgestaltung des Parteienwettbewerbs vor der Militärherrschaft erfolgte dann im Laufe der sechziger Jahre durch die Ausbreitung des Klassenkonfliktes auf die ländlichen Gebiete.

2. Grundzüge des chilenischen Parteiensystems bis zum Militärputsch vom 11. September 1973

Chile zeichnet sich durch die frühe Herausbildung eines hoch kompetitiven Parteiensystems mit gleichzeitig stark eingeschränkter Wählerbasis aus. Eine erste Mobilisierung politischer Eliten und deren Anhängerschaft erfolgte Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge der erbittert ausgetragenen Auseinandersetzungen über die Rolle der katholischen Kirche innerhalb des noch jungen Nationalstaates (Scully 1992: 36ff.; Valenzuela 1995: 15ff.). Um die Interessen der katholischen Kirche – und der landbesitzenden Oligarchie – gegen den republikanischen Säkularstaat zu verteidigen, schlossen sich katholische Kirchenführer und ihre aristokratischen Anhänger 1857 in der Konservativen Partei (*Partido Conservador*) zusammen. Die antiklerikalen Kräfte fanden ihre politische Heimat in der Radikalen Partei (*Partido Radical*), die 1863 ins Leben gerufen wurde. Dennoch kam es nicht zur Herausbildung eines bipolaren Parteiensystems, da aus früheren Machtkämpfen um das Präsidentenamt bereits eine lose organisierte Liberale Partei (*Partido Liberal*) hervorgegangen war, die zwar programmatisch den Radikalen näher stand, aus machtpolitischem Kalkül aber auch bereit war, mit den Konservativen zu koalieren (Scully 1992: 36ff.; Valenzuela 1995: 15ff.). Somit entstand ein erstes, flexibles Parteiensystem, in dem den Liberalen eine zentrale Scharnierfunktion zwischen den beiden Kontrahenten des Kirchenstreits zukam.

Nach einer kurzen, aber turbulenten Phase der Instabilität zwischen 1924 und 1932, entwickelte sich zwischen 1932 und 1957 ein zweites, ebenfalls dreigeteiltes und stark kompetitives Parteiensystem. Auslöser für die Umgestaltung des Parteiensystems waren die Prozesse der Industrialisierung und Urbanisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die umfassende soziale Umwälzungen mit sich brachten (Remmer 1984: 34ff.; Nohlen 1973: 50ff.). Die religiöse *cleavage*, die zu ersten Parteigründungen geführt hatte, wurde nun zunehmend von der sozialen Frage überlagert, ohne jedoch vollständig ver-

drängt zu werden. Der religiöse Gegensatz verschärfte den Klassenkonflikt, da sich die antiklerikale Seite des Parteienspektrums als Fürsprecher der erstarkenden Arbeiterbewegung verstand, während sich Kirche und Konservative Partei mit den Besitzinteressen des Großbürgertums identifizierten (Scully 1992: 62ff., 77f.). Mit dem *Partido Obrero Socialista* (1912), der sich später in eine Kommunistische Kaderpartei umwandelte und dem 1933 gegründeten *Partido Socialista* entstanden die ersten beiden Parteien außerparlamentarischen Ursprungs (zur Gründungsgeschichte der beiden Parteien Wehr 1996: 26ff.). Dennoch erfolgte die Integration zweier politischer Parteien, die die Interessen der aufstrebenden städtischen Arbeiterschaft vertraten und sich selbst als marxistisch definierten, relativ problemlos. Die rasche Legalisierung und frühe Einbindung in die Regierungsverantwortung verhinderten eine Radikalisierung der beiden Parteien (Moulián/Torres 1993: 88ff.). "Erkauft" wurde die Zulassung von Arbeiterparteien und Gewerkschaften im städtischen Bereich jedoch durch den unausgesprochenen Elitenkonsens, die Besitzverhältnisse auf dem Land nicht anzutasten. Die Ausdehnung der politischen Partizipationsrechte blieb auf die städtische Arbeiterschaft beschränkt, während die Landarbeiter nach wie vor in feudalen Abhängigkeitsverhältnissen lebten (Scully 1992: 90). Die Stabilität der vermeintlichen Musterdemokratie Lateinamerikas beruhte somit auf weitreichenden Zugeständnissen gegenüber der Konservativen Partei. Der Fortbestand des *Hacienda*-Systems auf dem Land und die damit verbundene Kontrolle der Wählerschaft seitens der Konservativen verhinderten eine Umsetzung von Mehrheiten an der Wahlurne in tatsächliche Veränderungen des politischen Systems. Die erfolgreiche Eingliederung der Arbeiterparteien in den Parteienwettbewerb stellte jedoch nicht die einzige Umgestaltung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Die Rolle der Liberalen Partei als pragmatischer, koalitionsfähiger Zentrumpartei wurde nun von der Radikalen Partei übernommen. Den rechten Pol des Parteiensystems bildete nach wie vor die Konservative Partei (Pereira 1994). In grundlegenden Fragen der Sozial- und Arbeitspolitik, die in wachsendem Maße die parlamentarische Agenda bestimmten, fand sie zunehmend einen Allianzpartner in der Liberalen Partei.

Nach einer kurzen populistischen Phase zu Beginn der fünfziger Jahre, die nicht zuletzt Ausdruck der Krise des Parteiensystems war, setzte im Laufe der sechziger Jahre ein Konsolidierungsprozess ein. Seit den Kongresswahlen von 1957 verringerte sich der Fragmentierungsgrad der Parteienlandschaft: Während die vier stärksten Parteien 1961 nur 67% der Stimmen auf

sich vereinigen konnten, waren es 1969 bereits 79% und 1973 84% (Nolte 1989: 240). Der rechte Pol des Parteienspektrums wurde nun von der Nationalen Partei (*Partido Nacional*) eingenommen, einer Fusion aus Liberalen und Konservativen, die das freie Unternehmertum und die Unantastbarkeit der Besitzverhältnisse auf dem Land verteidigte.¹ Aber auch die beiden Linksparteien intensivierten ihre Kooperation und schlossen sich zwischen 1958 und 1973 in gemeinsamen Wahlbündnissen zusammen (Moulián/Torres 1993: 159ff.). Gleichzeitig mit dem Konzentrationsprozess kam es zu starken Gewichtsverschiebungen und zu einer wachsenden Polarisierung zwischen den einzelnen parteipolitischen Blöcken. Die Radikale Partei büßte ihre Scharnierfunktion im Parteiensystem ein. Ihr Wählerpotential schrumpfte im Laufe der sechziger Jahre von 21,4% auf 3,6%. Gleichzeitig etablierte sich die Christdemokratische Partei als neue Zentrumsartei. Die Erfolge der Christdemokratie gingen jedoch nicht auf Kosten der Linken, obwohl beide um den gleichen Wählerstamm konkurrierten. Das Wählerpotential der beiden Arbeiterparteien stieg vielmehr zwischen 1961 und 1973 von 29% auf 44,2%. Den großen Verlierer der parteipolitischen Wandlungsprozesse stellte, neben den Radikalen, vor allem die Rechte dar, deren Unterstützung in der Wählerschaft von 30,4% auf 21,1% sank.² Nachdem sich in Chile bereits frühzeitig ein zwar hoch kompetitives, aber auch stark exklusives Parteiensystem herausgebildet hatte, fand Ende der fünfziger Jahre (zu den Wahlrechtsreformen siehe Gil 1966: 215-224; Lechner 1985: 23ff.; Nohlen 1973: 38ff.; Scully 1992: 134ff., 144ff.) – verspätet und mit großer Geschwindigkeit – ein Wandlungsprozess zu einer Politik der Massenpartizipation statt. Der Prozess begann in den vierziger Jahren mit der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen³ und vertiefte sich in den fünfziger Jahren mit der

¹ Nachdem die programmatischen Unterschiede zwischen den beiden Parteien im Laufe der sechziger Jahre irrelevant geworden waren, schlossen sich die beiden ehemaligen Rivalen nach der katastrophalen Niederlage bei den Parlamentswahlen von 1965 zusammen. Zur Gründung des *Partido Nacional* vgl. Moulián/Torres (1989: 345ff.).

² Eine ausgezeichnete Analyse der Entwicklung des Parteiensystems und der Wählerschaft in den sechziger und siebziger Jahren, die auch zahlreiche Literaturhinweise enthält, findet sich bei Nolte (1989); siehe ferner auch Valenzuela (1995: 53-64) und Valenzuela/Valenzuela (1982).

³ Die späte Einführung des Frauenwahlrechts in Chile ging keineswegs auf den Einfluss der katholischen Kirche zurück, sondern auf den Widerstand der antiklerikalen Parteien, die Angst davor hatten, dass die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen die eigene Wählerbasis unterminieren könnte. Hierzu die spannende Studie von Erika Maza Valenzuela (1995).

politischen und sozialen Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung.⁴ Die Ausweitung der sozialen Frage auf die Bauern und der Verlust der oligarchischen Kontrolle über die Wähler auf dem Land führte zum Ende des Elitenkompromisses und zu einschneidenden Umorientierungen innerhalb des Parteiensystems. Eine der Hauptantriebskräfte des Wandels war der 1957 neugegründete *Partido Demócrata Cristiano* (PDC) (Hofmeister 1995: 52ff.; Fleet 1985: 43-79). 1964 konnte die junge Partei mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Eduardo Frei einen herausragenden Wahlsieg erringen und ein umfassendes Modernisierungsprogramm in Angriff nehmen, das auch eine Agrarreform umfasste (Nohlen 1973: 91-147; Hofmeister 1995: 122-148; Fleet 1985: 80-127). Die Integration einer Zentrumspartei mit einem klaren programmatischen Profil veränderte den Charakter des Parteiensystems vollständig (Scully 1992: 165ff.). Anders als seine Vorgängerorganisationen stellte der PDC eine direkte Antwort auf die zentrale politische Konfliktlinie (Arbeit vs. Kapital im agrarischen Bereich) dar. Die Christdemokraten bezogen eine klare ideologische Position zur sozialen Frage – und insbesondere zur Lage der Bauern. Dies verhinderte ein pragmatisches Taktieren zwischen den beiden anderen parteipolitischen Polen. Nachdem die Christdemokratie ihre anfängliche Parlamentsmehrheit verloren hatte, standen sich nun die drei parteipolitischen Lager unversöhnlich gegenüber. Bedingt durch die späte, aber abrupte Ausweitung des Wahlrechts und die gleichzeitige Einleitung umfassender Reformen, die das bisherige Entwicklungsmodell und die Besitzverhältnisse auf dem Land radikal in Frage stellten, kam es zu einer zunehmenden Polarisierung der chilenischen Gesellschaft (Sartori 1976: 145ff.; Valenzuela 1994: 103ff.). Die strukturellen Ursachen für den blutigen Militärputsch vom 11. September 1973 reichen also bis in die sechziger Jahre zurück. Als mit Salvador Allende 1970 erstmals ein demokratisch gewählter marxistischer Präsident das höchste Staatsamt in Chile übernahm, waren die Weichen für das gewaltsame Ende der (eingeschränkten) Demokratie bereits gestellt. Die konservativen Vetospieler waren nicht länger bereit, sich den Regeln des demokratischen Wettbewerbs unterzuordnen.⁵

⁴ Vgl. hierzu Nolte (1989: 235ff.); die massive Ausweitung des Wahlrechtes kam jedoch nicht der Linken zugute; vgl. hierzu Valenzuela/Valenzuela (1982).

⁵ Natürlich trugen auch revolutionäre Splittergruppen im linken Lager und rechte paramilitärische Organisationen zu einer weiteren Aufheizung des politischen Klimas bei. Die Ursachen für das Scheitern der Demokratie sind jedoch wesentlich in der Aufkündigung des Elitenkompromisses zu finden, die Besitzverhältnisse auf dem Land – und damit die Machtbasis der Rechten – nicht anzutasten.

3. Die politischen Parteien unter dem Militärregime (1973-1989)

Bereits wenige Tage nach dem Militärcoup, der zahlreichen Mitgliedern von Parteien, die der *Unidad Popular*⁶ angehört hatten, das Leben kostete, gingen die Militärs gegen den Gewerkschaftsdachverband CUT (*Central Unica de Trabajadores*) vor, um die Machtbasis der linken Parteien zu zerstören. Im Oktober 1973 wurden alle marxistischen Parteien verboten, zahlreiche Parteiführer wurden verhaftet, gefoltert, ermordet oder ins Exil gezwungen (Wehr 1996: 83ff., 172ff.). Im März 1976 verbot die Militärregierung schließlich alle Parteien. Der Ausschluss betraf auch die Christdemokraten, deren Führung zunächst mehrheitlich den Putsch als notwendige Maßnahme zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung begrüßt hatte. Gemeinsam mit ihren ehemaligen Kontrahenten aus dem sozialistischen und kommunistischen Lager musste die Partei in den Untergrund abtauchen. Überleben konnten die Parteien die lange Untergrundphase nicht zuletzt dank der mutigen Haltung der katholischen Kirche, die zahlreichen Oppositionspolitikern – unabhängig von deren politischer Überzeugung – rechtlichen Beistand gewährte. Der *Partido Nacional* hatte sich als Reaktion auf den Militärputsch, den er unterstützte, freiwillig aufgelöst, seine Führer zogen sich in das Privatleben oder den diplomatischen Dienst zurück. Teile der ehemaligen rechten Parteielite erhielten jedoch auch Posten innerhalb des Militärregimes und wirkten an der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit (Moulián/Torres 1989: 356; Valenzuela/Valenzuela 1982: 628f.; Pollack 1999, Kap. 3 u. 4).

Die zwangsweise verordnete "Ruhepause" der politischen Parteien fand erst Mitte der achtziger Jahre ein Ende, nachdem die Legitimationsbasis des Militärregimes als Folge einer tiefen Wirtschaftskrise geschwunden war und die Militärs sich nach lang anhaltenden Massenprotesten gezwungen sahen, einen demokratischen Öffnungsprozess einzuleiten. Wenn auch die Dynamik des chilenischen Demokratisierungsprozesses kurzfristig "von unten" kam, so gewannen mit der Ankündigung des Wahlregister- und Parteiengesetzes Ende 1986/Anfang 1987 die Parteieliten die Schlüsselrolle innerhalb der Oppositionsbewegung wieder. Die entscheidenden Verhandlungen des demokratischen Übergangsprozesses, der in die ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 14. Dezember 1989 mündete, fanden zwischen den Parteieliten und dem Militärregime statt.

⁶ Die *Unidad Popular* war das Regierungsbündnis aus Sozialisten, Kommunisten und einigen anderen Splitterparteien, die Präsident Allende unterstützten.

4. Kontinuitäten und Brüche im nach-autoritären Parteiensystem

Wenn politische Parteien mehr als 16 Jahre in der Illegalität arbeiten müssen, ein Großteil der Parteiführungen ermordet und ins Exil gezwungen wird und zudem seitens der militärischen Machthaber massive Versuche unternommen werden, die Parteiendemokratie an sich zu diskreditieren, stellt sich natürlich die Frage, inwieweit die wesentlichen Charakteristika des Parteiensystems die autoritäre Phase überdauert haben und in welchem Ausmaß die historischen Wählerpräferenzen wieder auftauchen. Betrachtet man die Entwicklungen des chilenischen Parteiensystems in diesem Jahrhundert, so spricht vieles für Lipset und Rokkans These, dass Parteiensysteme, wenn sie sich einmal als Antwort auf tiefgreifende gesellschaftliche Auseinandersetzungen etabliert haben, ein erstaunlich zähes Eigenleben führen. Überraschend ist zunächst, dass es dem Militärregime trotz brutaler Verfolgung nicht gelungen ist, die historischen Parteien auszulöschen, wenn man einmal von der Nationalen Partei absieht, die sich zu Beginn der Militärherrschaft freiwillig aufgelöst hatte.⁷ Sowohl Christdemokraten, als auch Sozialisten und Kommunisten konnten aufgrund der starken gesellschaftlichen Verankerung in Subkulturen⁸ die lange Untergrundphase überleben und sich bei den ersten Wahlen 1989 unter ihren alten Namen und Fahnen wieder der Wählerschaft präsentieren. Bereits die Ergebnisse der ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Dezember 1989 deuteten darauf hin, dass die traditionelle ideologische Dreiteilung des stark fragmentierten Parteienspektrums weitgehend erhalten blieb, auch wenn es zu z.T. erheblichen Gewichtsverlagerungen zwischen den einzelnen Blöcken kam (Thibaut 1996: 267; Hofmeister 1995: 258ff.; Scully 1995: 127). Die christdemokratische Partei erreichte zu Beginn der neunziger Jahre mit knapp 30% der Wählerstimmen in etwa ihre Ergebnisse bei den letzten Kongresswahlen von 1969 (29,8%) und 1973 (29,1%). Sie stellte damit nach der autoritären Zwangspause zunächst die stärkste politische Partei Chiles dar. Allerdings musste der PDC im Laufe der neunziger Jahre erhebliche Stimmenverluste hinnehmen. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom 16.12.2001 büßten die Christdemokraten ihre Führungsrolle ein und wurden von der rechten

⁷ Die Radikale Partei hatte bereits im Laufe der sechziger Jahre einen dramatischen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. Zu den Gründen siehe Nolte (1989: 271ff.).

⁸ Zivilgesellschaftliche Organisationen, die bis in die siebziger Jahre stark von den politischen Parteien kontrolliert worden waren, wurden zu einem Ersatzraum für parteipolitische Aktivitäten. Vgl. hierzu u.a. Garretón (1993: 449ff.); Valenzuela/Valenzuela (1982: 636ff.).

UDI als stärkste Kraft abgelöst. Die beiden Rechtsparteien erhielten in den ersten nach-autoritären Wahlen ca. ein Drittel der Stimmen. Eine ähnlich starke Wählerzustimmung hatte die Konservativen zuletzt in den vierziger Jahren erreicht. Hingegen mussten die Linksparteien empfindliche Verluste hinnehmen. Hatte die Linke bei den Wahlen von 1969 noch 31,2% der Stimmen auf sich vereinigen können und bei den Kongresswahlen von 1973 mit 44,2% ihren bisher höchsten Wahlsieg errungen, musste sie sich bei den Parlamentswahlen von 1989 mit knapp 20% begnügen. Die Kommunistische Partei blieb sogar erstmals seit 1925 ohne Parlamentsvertreter.⁹ In den folgenden nach-autoritären Wahlen konnte die parlamentarische Linke jedoch wieder leichte Gewinne verzeichnen. Die Wahlergebnisse von Sozialisten und PPD lagen in den neunziger Jahren bei ca. 23%. Den Kommunisten gelang es hingegen nicht, an ihre Wahlerfolge der vor-autoritären Zeit anzuknüpfen. Im Durchschnitt konnte die traditionsreiche Arbeiterpartei – außerhalb der historischen Hochburgen – lediglich ca. 5% der Wählerstimmen gewinnen. Insgesamt ist die Fragmentierung des Parteiensystems ähnlich hoch wie in den sechziger und siebziger Jahren: Die sechs wichtigsten Parteien¹⁰ konnten bei allen nach-autoritären Wahlen – mit Ausnahme der Kommunalwahlen von 1992 – ca. 80% der Stimmen auf sich vereinigen. Oberflächlich betrachtet scheinen daher zunächst mehr Kontinuitäten als Brüche zwischen dem Parteiensystem der sechziger und siebziger und dem nach-autoritären Parteiensystem der neunziger Jahre erkennbar. Die politischen Parteien, die nach dem Ende der Militärherrschaft wieder an die Öffentlichkeit traten, sind jedoch nicht mehr die gleichen Parteien, die sich in den sechziger Jahren in unversöhnlichen Lagern gegenübergestanden hatten. Die sozioökonomischen Wandlungsprozesse im Zuge der neoliberalen Wirtschaftsreformen, Lernprozesse der christdemokratischen und sozialistischen Partieliten und das neue Wahlsystem haben zu wesentlichen Veränderungen in Programm und Selbstverständnis der Parteien, als auch in den Wettbewerbsmustern geführt.

Die "heimatlose Rechte" musste sich im Zuge des Redemokratisierungsprozesses eine neue politische Organisation suchen. Anfang 1987 ver-

⁹ Zu umfassenden Analysen der einzelnen Wahlen vgl. u.a. Cavedes (1991); Nolte (1994); Angell/Pollack (1995); Blomeier (1998; 2000); Jouineau (1998); Lagos (1998). Zu den Kontinuitäten im Wahlverhalten vgl. auch die auf der Analyse der Kommunalwahlen von 1992 basierende Studie von Scully/Valenzuela (1997).

¹⁰ Es handelt sich hierbei um UDI, RN, PDC, PS, PPD und KP. Die Radikalen, die bei den Abgeordnetenwahlen unter die 5%-Marke fielen, blieben hingegen unberücksichtigt.

einigten sich drei rechte Splittergruppen unter der Schirmherrschaft des jungen Unternehmers Andrés Allamand zur *Renovación Nacional* (RN) (Otano 1995: 39ff.; Pollack 1999, Kap. 2). Aufgrund machtpolitischer und inhaltlicher Auseinandersetzungen zerfiel die Partei jedoch bereits ein Jahr später.¹¹ Der so genannte "gremialistische" Flügel trat aus der *Renovación Nacional* aus und reorganisierte die bereits 1983 ins Leben gerufene *Unión Demócrata Independiente* (UDI). Die Wurzeln der so genannten "Gremialisten" reichen bis in die sechziger Jahre zurück. Als Antwort auf die von Präsident Frei geplanten Universitätsreformen hatte sich unter der konservativen Studentenschaft an der Universidad Católica in Santiago Widerstand organisiert.¹² Nach dem Militärputsch nahmen die "Gremialisten" zusammen mit den so genannten *Chicago Boys* Schlüsselpositionen bei der Ausgestaltung des Wirtschaftsmodells des Militärregimes und der institutionellen Absicherung der autoritären Umgestaltungen wahr (Pollack 1999, Kap. 2 u. 3; Huneeus 2000). Mit der UDI ist erstmals eine rechte Partei entstanden, die sich eindeutig als Interessenvertreterin des Militärs und Verwalterin des Erbes der Militärherrschaft versteht.¹³ Bei den Auseinandersetzungen um die Verhaftung und spätere Freilassung General Pinochets durch die *Labour*-Regierung in London hat die UDI eine dezidiert nationalistische Haltung eingenommen und den Ex-Diktator als großen Staatsmann verteidigt, der sich in hervorragender Weise um das chilenische Vaterland verdient gemacht habe. Präsidentschaftskandidat Joaquín Lavín bemühte sich im Laufe des Präsidentschaftswahlkampfes 1999/2000 allerdings darum, eine gewisse Distanz zum Ex-Diktator zu wahren und mochte "den englischen Patienten" bei seiner Rückkehr im März 2000 nicht persönlich auf dem Flughafen empfangen. Im Gegensatz zu ihrer konservativen Schwesterpartei haben die Abgeordneten

¹¹ Anlass der Streitigkeiten war die Frage, ob die Partei Pinochet im Plebiszit unterstützen sollte oder nicht. Hierzu Otano (1995: 58f.); zur UDI ferner Valenzuela (1995: 65ff.).

¹² Der *gremialismo* entstand in den sechziger Jahren im Umfeld der Rechtswissenschaftlichen Fakultät "Universidad Católica" und hatte es sich zum Ziel gesetzt, Chile vor der Überfremdung durch ausländische Ideologien und Wertvorstellungen zu retten. Um die Macht der politischen Parteien zu brechen, wurde die Einrichtung eines starken Verbändewesens vorgeschlagen. Vgl. Benavente (1982: 90f.); Ruiz (1984: 153ff.); Pollack (1999: 31ff.).

¹³ Im Parteiprogramm heißt es unter Punkt 15 "Aufgabe der Militärs": "Die Unión Demócrata Independiente erkennt an, dass die Streitkräfte und Polizeikräfte als Institutionen, die Einheit Chiles verkörpern, die nationale Verteidigung und territoriale Unversehrtheit garantieren und die historisch-kulturelle Identität des Vaterlandes und daß ihre Aufgabe darin besteht, die institutionelle Ordnung der Republik zu garantieren." UDI, "Declaración de Principios", in: <<http://www.udi.cl>> (Übers. d. Autorin).

der UDI konsequent gegen die Reformprogramme der drei nach-autoritären *Concertación*-Regierungen¹⁴ gestimmt. Neben der Bewahrung des Wirtschaftsmodells und der autoritären Enklaven (Wahlrecht, designierte Senatoren und Vorrechte der Militärs – Croissant/Thiery 2000), gilt der Kampf der Partei der Eindämmung der “totalitären Einflüsse des Marxismus”. Als Voraussetzung für eine freie Gesellschaft wird die Existenz einer freien Marktwirtschaft – bei strikter Subsidiarität des Staates – angesehen.

Anders als ihr langjähriger Koalitionspartner versuchte die *Renovación Nacional*, insbesondere unter der Führung Andrés Allamands, an die Traditionen des *Partido Nacional* – allerdings mit neuem Führungspersonal – anzuknüpfen und sich als moderne Partei rechts der Mitte zu etablieren. Wie die UDI spricht sich auch die *Renovación Nacional* für die soziale Marktwirtschaft und den Schutz des Privateigentums und der Familie aus. Das Parteiprogramm¹⁵ enthält jedoch ein eindeutiges Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie und vermeidet jegliche Bezugnahme auf die “goldene Vergangenheit” der Militärdiktatur. Die Partei distanzierte sich auch klar von den Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes. Während die UDI ihre Energien darauf konzentrierte, das konstitutionelle Erbe des Militärregimes zu verteidigen, zeigte sich die *Renovación Nacional* zumindest in Teilbereichen kompromissbereit. Wichtige Reformprogramme der Regierungen Aylwin und Frei, so etwa die Steuerreform, die Reform des Arbeitsrechtes und die Reform des Art. 9 der Verfassung, durch die der Präsident das Begnadigungsrecht erhielt, hätten ohne die Unterstützung durch die *Renovación Nacional* nicht die notwendigen Mehrheiten im Kongress gefunden.¹⁶ Das Wählerpotential des rechten Parteienspektrums lag bei allen Wahlen der neunziger Jahre deutlich über den Ergebnissen der vor-autoritären Phase, wobei in zahlreichen Wahlbezirken ein kontinuierliches Wachstum zu verzeichnen war. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Dezember 2001 konnte das rechte Wahlbündnis “Alianza por Chile” 44% der Wählerstimmen erreichen und unterlag damit dem Regierungsbündnis (48%) nur

¹⁴ Die so genannte *Concertación* stellt das aus der Oppositionsbewegung zu Pinochet gewachsene Regierungsbündnis aus Christdemokraten, Sozialisten, PPD und der Radikalen Partei dar.

¹⁵ Zu Programm und Prinzipienerklärung siehe “Principios y Fundamentos”, <<http://www.rn.cl>>.

¹⁶ Auch an der erfolgreichen Verabschiedung einer partiellen Verfassungsreform im Juli 1989 waren Politiker der RN wesentlich beteiligt (vgl. Otano 1995: 83f.).

knapp.¹⁷ Gleichzeitig mit der zunehmenden Stärke der Rechten kam es auch zu einer bedeutenden Gewichtsverlagerung zwischen den beiden Rechtsparteien. Hatte die *Renovación Nacional* bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Dezember 1989 noch 24,2% der Wählerpräferenzen auf sich vereinigen können und damit mehr als doppelt so viele Stimmen wie die UDI (10%), hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Parteien inzwischen umgekehrt. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Dezember 2001 erreichte die UDI mit 25,2% (31 Sitze) fast doppelt so viele Wählerstimmen wie die Schwesterpartei *Renovación Nacional*, die sich mit 13,8% der Stimmen (18 Sitze) zufrieden geben musste.¹⁸ Die Niederlage beim internen Krätemessen im rechten Lager hat zudem zu einer nachhaltigen Schwächung des liberalen Flügels der *Renovación Nacional* geführt. Die UDI konnte hingegen nicht nur ihren Stimmenanteil deutlich verbessern, sondern auch das Image des "kleinen Koalitionspartners" abschütteln. Mit Joaquín Lavín, dem jung-dynamischen Bürgermeister von Santiago (Zentrum), stellte die UDI bei den dritten nach-autoritären Präsidentschaftswahlen im Dezember 1999/Januar 2000 den gemeinsamen Kandidaten der Rechten, der dem Kandidaten der bisherigen Regierungskoalition, Ricardo Lagos, nur äußerst knapp im zweiten Wahlgang unterlag.¹⁹

Die "Christdemokratie", die im Laufe der sechziger Jahre die Radikalen als Zentrumsparterie abgelöst hatte, war auch in den neunziger Jahren die stärkste Partei Chiles. Allerdings konnte der PDC die spektakulären Wahlergebnisse der Gründungsphase nicht wiederholen. Hatte die Christdemokratie bei den ersten nach-autoritären Wahlen im Dezember 1989 noch jeweils ein Drittel der Wählerstimmen in Senat und Abgeordnetenhaus erringen können, reduzierte sich das Wählerpotential im Laufe der neunziger Jahre erheblich. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Dezember 1997 erreichte der

¹⁷ Ausführliche Wahldaten u. Wahlanalysen zu den Parlamentswahlen vom Dezember 2001 finden sich auf den folgenden Webseiten: <www.electoral.cl> und <www.elecciones.gov.cl>.

¹⁸ Bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1997 erreichte die RN mit 16,8% der Stimmen im Abgeordnetenhaus lediglich ein geringfügig besseres Ergebnis als die UDI (14,4%). Bei den Teilwahlen zum Senat schnitt die UDI mit 17,2% der Stimmen sogar besser ab als ihre Schwesterpartei, die lediglich 14,8% erhielt. Bei der Sitzverteilung fiel das Ergebnis noch deutlicher aus. Während die RN acht Sitze im Abgeordnetenhaus und vier Sitze im Senat verlor, gewann die UDI drei Abgeordneten- und zwei Senatssitze hinzu. Zum Krätemessen zwischen UDI und RN bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1997 siehe Blomeier (1998: 31, 44f.) und Jouineau (1998: 97ff.).

¹⁹ Mit 48% der Stimmen erzielte Lavín das beste Ergebnis für einen Kandidaten der Rechten seit 1932.

PDC lediglich 23% der Stimmen und wurde erstmals von seinen beiden linken Koalitionspartnern übertroffen. Der Abwärtstrend setzte sich auch bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2001 fort, bei denen die Partei einen historischen Tiefstand von knapp 19% der Wählerstimmen erreichte. Auch wenn sich ein Teil der Einbußen durch vorherige Koalitionsabsprachen erklären lässt, die sich aus den Zwängen des chilenischen Wahlsystems ergaben, so fielen die Stimmenverluste der Christdemokratie dennoch höher als bei allen anderen Parteien aus (Magar/Rosenblum/Samuels 1998: 717ff.). Die Christdemokraten mussten daher auch hinnehmen, dass die dritte Koalitionsregierung von Ricardo Lagos, einem Sozialisten, geführt wird.²⁰ Die Wahlniederlage vom Dezember 2001 hat die Krise in der chilenischen Christdemokratie vertieft und dürfte zukünftig zu Problemen innerhalb der sozialistisch geführten Regierungskoalition führen. In programmatischer Hinsicht knüpfte der PDC zu Beginn der neunziger Jahre wieder an die Grundsatzklärungen der vor-autoritären Phase an, die auf den Ideen der christlichen Philosophie und der katholischen Soziallehre basierten. In eindeutiger Abgrenzung vom Marxismus, aber auch vom Liberalismus nordamerikanischer Prägung, propagierte die chilenische Christdemokratie in den sechziger Jahren eine kommunitaristische Gesellschaftsordnung, die auf humanistischen Werten basiert. Diese Grundideen blieben auch während der langen Untergrundphase lebendig und flossen in das 1991, unter breiter Mitarbeit der Parteibasis, erarbeitete Programm ein. Der PDC definiert sich heute als Volkspartei, die sich auf humanistische und christliche Grundwerte beruft. Ziel ist die Errichtung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, die sich insbesondere um die Integration der benachteiligten Bevölkerungssektoren bemüht. Im wirtschaftspolitischen Teil des Programms bekennt sich der PDC zur freien Marktwirtschaft mit sozialstaatlicher Komponente und zur Privatinitiative (Hofmeister 1995: 52ff., 210ff., 268ff.; Frei 1997). Während die Partei in programmatischer Hinsicht große Kontinuitäten mit der vor-autoritären Zeit aufweist, zeigen sich im allianzpolitischen Bereich die größeren Unterschiede. Im Laufe des Untergrunddaseins gab die christdemokratische Parteiführung ihren Hang zum Alleingang auf und war bereits Mitte der achtziger Jahre bereit, Oppositionsbündnisse mit anderen

²⁰ Der Präsidentschaftskandidat des bisherigen Regierungsbündnisses – und jetzige Präsident Chiles – wurde am 30.5.1999 in offenen Vorwahlen – nach nordamerikanischem Vorbild – bestimmt. Der Sozialist und ehemalige Staatsminister Ricardo Lagos konnte sich mit eindeutiger Mehrheit gegen seinen christdemokratischen Konkurrenten Andrés Baldívar durchsetzen.

demokratischen Parteien einzugehen. Im reformierten Sektor der Sozialistischen Partei fand die *Democracia Cristiana* einen loyalen Bündnispartner, der es ihr ermöglichte, Teile der demokratischen Linken einzubinden und gleichzeitig die bei vielen Christdemokraten abgelehnte marxistische Linke auszuschließen.²¹ Mit Unterstützung ihrer sozialistischen und sozialdemokratischen Allianzpartner stellte der PDC die beiden ersten Präsidenten der nach-autoritären Phase und setzte ein moderates Reformprogramm in die Praxis um, das zumindest einige der autoritären Hinterlassenschaften des Militärregimes abbauen konnte.²²

Die "Sozialistische Partei", die vor dem Putsch noch ein sehr viel ambivalenteres Verhältnis zum bürgerlichen Rechtsstaat besessen hatte als die KP, machte in den achtziger Jahren einen erfolgreichen Reformprozess zu einer modernen, sozialdemokratisch ausgerichteten *catch-all party* durch. Der Prozess verlief für die Sozialisten jedoch äußerst schmerzhaft und führte zunächst zu einer Spaltung der Partei im Exil.²³ Seit Mitte der achtziger Jahre baute sich der Reformsektor der Sozialisten unter Führung von Ricardo Núñez eine eigene Machtbasis in Chile auf, um im Untergrund auf eine programmatische Erneuerung der Sozialistischen Partei hinzuwirken. Nach der Wiedervereinigung der beiden Parteifractionen im Dezember 1989 gelang es dem Reformsektor um Ricardo Núñez, sich allmählich gegen die Reformgegner innerhalb der wiedervereinigten Partei durchzusetzen (Wehr 1996: 248ff.). Der Umdenkungsprozess fand seinen Ausdruck in einem neuen Parteiprogramm, das vom Selbstverständnis als marxistische Arbeiterpartei abrückt und ein eindeutiges Bekenntnis zur liberalen Demokratie und zur sozialen Marktwirtschaft enthält. Neben dem kritischen und modernen Marxismus rechnet die Sozialistische Partei heute ausdrücklich die Werte des Humanismus und der christlichen Soziallehre zu ihren programmatischen

²¹ Der Grundstein für die spätere *Concertación* wurde bereits 1983 mit der Gründung der *Alianza Democrática* gelegt. Eine genaue Dokumentation zur Vorgeschichte der *Concertación* findet sich bei Ortega (1992: 227-272).

²² Hierzu u.a. Nolte (1994: 81ff.); Blomeier (1998: 17ff.); ein ironisch-sarkastischer Abgesang auf die "democracia de los acuerdos" findet sich beim "Nestbeschmutzer" Moulián (1997).

²³ Erste Impulse für die ideologische Erneuerung gingen jedoch nicht von den beiden zerstrittenen Parteiführungen, sondern von Parteien und Institutionen der Exilländer und von jungen Akademikern in parteiunabhängigen Forschungsinstitutionen in Chile (FLACSO, SUR) aus. Zum Prozess der so genannten *Convergencia Socialista* siehe Wehr (1996: 187-228).

Grundsätzen.²⁴ Als Juniorpartner haben die Sozialisten wesentlich zum Erfolg der ersten beiden nach-autoritären Regierungen unter den Christdemokraten Patricio Aylwin und Eduardo Frei beigetragen. Auch in der heiklen Frage des Umgangs mit den Menschenrechtsverletzungen während des Militärregimes, ist es der sozialistischen Parteispitze bisher gelungen, die kritische Parteilinke auf Regierungskurs zu halten. Gemeinsam mit dem PPD sind die Sozialisten inzwischen zur führenden Kraft des Regierungsbündnisses avanciert und stellen mit Ricardo Lagos den zweiten sozialistischen Präsidenten in der Geschichte Chiles.

Der PPD (*Partido por la Democracia*) ist das "Kind" des sozialistischen Reformsektors, das – gegen den erklärten Willen seiner Gründungsväter – zu einer eigenständigen politischen Partei geworden ist und sich inzwischen erfolgreich einen Platz im chilenischen Parteiensystem erkämpft hat. Ins Leben gerufen wurde der PPD im November 1987, anfänglich als "instrumentelle" Partei. Sein Zweck sollte lediglich darin bestehen, gemeinsame Aktionen der Oppositionsparteien anlässlich des Plebiszites von 1988 zu koordinieren und die Fallstricke des von den militärischen Machthabern verabschiedeten Parteien- und Wahlgesetzes zu umgehen. Nachdem die Initiative am mangelnden Interesse der anderen Parteien gescheitert war, wurde der PPD zunächst zum legalen Deckmantel des Reformsektors der Sozialistischen Partei. Nach der Wiedervereinigung der Sozialistischen Partei im Dezember 1989 wurde die Frage der zukünftigen Rolle des PPD schnell zu einem Zankapfel zwischen den beiden Parteiflügeln (Wehr 1996: 243f., 260f.). Entgegen dem entschiedenen Wunsch der sozialistischen Reformer, die für eine allmähliche Fusion der beiden Organisationen eintraten, kam es nach den Kommunalwahlen vom Juni 1992 zur endgültigen Trennung der beiden Parteien (ebda.: 272ff.). Die überwältigende Mehrheit der Sozialisten, die Führungspositionen innerhalb des PPD eingenommen hatten, kehrten wieder zum PS zurück. Die verbleibende PPD-Führung setzte sich nun fast ausschließlich aus Mitgliedern der ehemaligen christlichen Linken,²⁵ des *Partido Radical* und einigen wenigen kommunistischen Dissidenten zusammen. Die Parteiprogramme von Sozialisten und PPD gleichen sich in we-

²⁴ Zum programmatischen Selbstverständnis vgl. PSCh "Documento de Acuerdo-Político-Doctrinario", 29.12.1989, in: Núñez (1991, Bd. 1, S. 315).

²⁵ Bei der so genannten "christlichen Linken" handelt es sich um Splittergruppen, die sich im Laufe der sechziger bzw. zu Beginn der siebziger Jahre von der Christdemokratie gelöst hatten, um Wahlbündnisse mit den marxistischen Parteien einzugehen. Im Reformprozess der Sozialistische Partei haben Intellektuelle dieser Gruppierungen eine wichtige Rolle gespielt. Siehe hierzu Wehr (1996: 216ff.).

sentlichen Punkten. Wie die Sozialisten propagieren auch die *pepedeístas* eine harmonische Zusammenarbeit des freien Unternehmertums mit einem dezentralisierten und schlanken Staat. Der PPD definiert sich ausdrücklich als Volkspartei und bekennt sich zur Tradition des demokratischen Sozialismus und des fortschrittlichen Liberalismus.²⁶ Mit seiner dezidiert laizistischen Grundhaltung hat der PPD in gewisser Weise das Erbe der Radikalen Partei angetreten, die in den neunziger Jahren nur noch ein Schattendasein führt. Seit der Trennung von den Sozialisten konnte sich der PPD eine solide Wählerbasis von ca. 12% sichern und weist damit etwa die gleiche Stärke auf wie die Sozialisten. PS und PPD haben bei den Abgeordnetenwahlen vom Dezember 1997 erstmals den Stimmenanteil der Christdemokratie übertroffen.²⁷ Der Trend setzte sich bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2001 fort. PPD und PS sind seit März 2002 mit 33 Abgeordneten im Kongress vertreten, während der christdemokratische Anteil von 38 auf 24 Sitze schrumpfte.

Im Gegensatz zu ihrer erfolgreichen sozialistischen Schwesterpartei, die gemeinsam mit dem neugegründeten Allianzpartner PPD ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen konnte, befindet sich die "Kommunistische Partei" Chiles seit Ende der achtziger Jahre in einer tiefen Krise. Nach dem gescheiterten Versuch, das Militärregime durch einen bewaffneten Volksaufstand zu stürzen, gliederte sich die KP erst mit großer Verspätung in den politischen Übergangsprozess ein. Bei den ersten nach-autoritären Wahlen im Dezember 1989 erlitt die Partei eine empfindliche Niederlage und blieb erstmals seit 1925 ohne eigene Parlamentsvertreter. Das Wahldesaster führte zur Herausbildung von parteiinternen Oppositionsgruppen, die eine grundlegende Kritik am programmatischen Selbstverständnis der Kaderpartei und an der blinden Moskauhörigkeit übten. Der späte Aufstand der Reformer scheiterte jedoch bereits Mitte 1990 an einer taktischen Allianz aus Alt- und Neostalinisten und führte zu einer in der Parteigeschichte beispiellosen Austrittswelle.²⁸ Nach der Ausschaltung der Kritiker verabschiedete die kommu-

²⁶ Zur Prinzipienerklärung siehe PPD: "Declaración de Principios del Partido por la Democracia", *Serie Documentos Oficiales*, April 1993, S. 23.

²⁷ Die DC konnten bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 23% der Stimmen auf sich ziehen, der PPD 12,6% und der PS 11,1%. Bei den Wahlen zum Senat schnitt die DC jedoch erheblich besser ab als ihre linken Koalitionspartner. Zu den Kongresswahlen von 1997 vgl. Blomeier (1998); Jouineau (1998).

²⁸ Die KP verlor hierbei u.a. fast die Hälfte ihrer Jugendorganisation und die jungen Vordenker der Volksrebellions-Strategie. Zum Scheitern der Reformer auf der Nationalkonferenz vom 29.5.-2.6.1990 vgl. Wehr (1996: 148ff.).

nistische Parteiführung neue Statuten und ein neues Parteiprogramm, die – ungeachtet der Ereignisse in Osteuropa – nach wie vor auf der vollen Gültigkeit des Marxismus-Leninismus und dem Selbstverständnis als leninistischer Klassenpartei mit avantgardistischem Führungsanspruch beharren. Auch nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion propagiert die chilenische KP die gesetzmäßige Notwendigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus²⁹ und nahm bisher eine kritische Haltung gegenüber dem Regierungsbündnis ein. Dennoch gelang es der Partei nicht, Protestwähler aus dem linken Lager an sich zu binden. Lediglich unter der Studentenschaft konnte die KP in den neunziger Jahren einige Erfolge verbuchen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999/2000 erlitt die traditionelle Arbeiterpartei einen weiteren Bedeutungsverlust. Die Präsidentschaftskandidatin der Partei und langjährige Generalsekretärin Gladys Marín erzielte mit nur 4,7% der Wählerstimmen ein dürftiges Ergebnis.³⁰ Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Dezember 2001 erreichte die Partei 5,2%, blieb jedoch weiterhin ohne Vertretung im Parlament.³¹

Obwohl sich alle Parteien – mit Ausnahme der Kommunistischen Partei – inzwischen zu *catch-all partys* im Sinne Kirchheimers (1969) entwickelt haben, lassen sich Kontinuitäten in der Wählerbindung feststellen. Trotz der 16-jährigen Zwangspause und der umfassenden sozioökonomischen Veränderungen im Zuge der neoliberalen Reformen blieben zahlreiche ehemalige Wählerhochburgen der traditionellen Parteien erhalten (Scully/Valenzuela 1997). Das vor-autoritäre Parteiensystem und dessen traditionelle Konfliktachsen zeichnet sich noch deutlich in der Parteienlandschaft der neunziger Jahre ab. Die historisch gewachsene Lagerbildung zeigt sich hierbei nicht nur an den Wahlergebnissen, sondern auch an den Umfragedaten zur ideologischen Selbsteinschätzung der Bevölkerung. Die überwältigende Mehrheit der chilenischen Bevölkerung ist auch in der nach-autoritären Phase in der Lage, sich entlang des Links-Rechts-Kontinuums zu platzieren. Die parteipolitischen Präferenzen drücken sich in einem entsprechend breiten Mei-

²⁹ Hierzu "Proyecto del Nuevo Programa del Partido Comunista de Chile", Santiago, November 1991, S. 55.

³⁰ Erhielt Frau Marín als Senatskandidatin für den Wahlbezirk Santiago Poniente 1997 noch 167.507 Stimmen, konnte der PC 1999 in der gesamten Región Metropolitana lediglich 98.186 Wählerstimmen erringen (hierzu Blomeier 2000).

³¹ Die Kommunistische Partei hatte – in Absprache mit der Sozialistischen Partei – darauf verzichtet, in einigen besonders hart umkämpften Wahldistrikten eigene Kandidaten aufzustellen, um die Kandidaten des Regierungsbündnisses zu unterstützen. Siehe hierzu "La negociación secreta Gobierno-PC", in: *Qué Pasa*, 10.6.2001.

nungsspektrum zu einer Reihe von Politikfeldern und zur Einschätzung der Militärdiktatur aus. Auch war die Mehrheit der Chilenen trotz des langen Verbotes politischer Parteien in der Lage, die einzelnen Parteien klar entlang der Rechts-Links-Skala zu verorten (Nolte 1994: 70ff.; Huneeus 1998a). Die Volatilitätsraten der nach-autoritären Kongresswahlen waren bisher erstaunlich gering. Die außerordentlich hohe Zustimmung (48%), die Joaquín Lavín, der Kandidat der Rechten, bei den dritten Präsidentschaftswahlen errang, und der Stimmenzuwachs der Rechten bei den Parlamentswahlen im Dezember 2001 wirft nun allerdings die Frage auf, ob es nicht zu einem dauerhaften Rechtsruck der Wählerschaft kommen könnte.³²

5. Ausblick: Vom Ende der Polarisierung zur "Nordamerikanisierung" der chilenischen Parteienlandschaft

Die Wahl- und Parteienforschung zu Chile hebt im allgemeinen den geringeren Polarisierungsgrad und die hohe Koalitionsfähigkeit der politischen Parteien in den neunziger Jahren als wesentliche Veränderungen gegenüber dem vor-autoritären Parteienwettbewerb hervor. Als Faktoren für diesen Wandel werden Lernprozesse der Partieliten, vor allem in den Reihen der Sozialisten und Christdemokraten (Garretón 1989: 405ff.), Veränderungen im Wählerverhalten (d.h. eine Orientierung hin zu moderateren Positionen) und das neue Wahlrecht³³ genannt, das erhöhte Anreize zur Kooperation biete. Gerade der chilenische Fall zeigt jedoch, dass *electoral engineering* nur einen beschränkten Einfluss auf die Struktur einmal etablierter Parteiensysteme ausüben kann. Der Versuch der chilenischen Militärs, die chilenische Parteienlandschaft durch die Einführung eines neuen Wahlsystems in ein Zwei-Parteien-System nordamerikanischer Prägung zu verwandeln, war ein eindeutiger Misserfolg. Zwar führte das neue Wahlsystem zu einer bipolaren Ausrichtung der Wettbewerbsmuster und lieferte starke Anreize zur Koali-

³² Allerdings sollte man keine voreiligen Schlüsse ziehen, da Präsidentschaftswahlen in sehr viel höherem Maße Persönlichkeitswahlen darstellen als Kongresswahlen.

³³ Das so genannte *sistema binominal* ist wohl weltweit einmalig und wurde von den Militärs explizit zur Sicherung der Vetomacht der Rechten entworfen. Für die Abgeordnetenwahlen ist das Land in 60 Zwei-Personen-Wahlkreise eingeteilt. Parteienkoalitionen dürfen Listen von höchstens zwei Kandidaten aufstellen. Da die Stimmen nach D'Hondt auf die Listen verteilt werden, führt dies zur absurden Situation, dass schon 33,4% der Stimmen theoretisch ausreichen können, um die gleiche Anzahl von Mandaten zu erhalten wie die Liste, die 66,6% der Stimmen erhielt. Zum Wahlsystem vgl. Nohlen (1993: 175-186) und Siavelis (1997: 656ff.).

tionsbildung, veränderte aber weder die alten Konfliktlinien, noch den Fragmentierungsgrad des Parteiensystems.³⁴

Betrachtet man die Art der Koalitionsbildungen im nach-autoritären Chile, so findet man einige Anhaltspunkte, die die generelle Kritik an der Stabilität und *output*-Effizienz präsidentieller Regierungssysteme widerlegen.³⁵ Präsidialsysteme können – wie der chilenische Fall deutlich zeigt – durchaus in Verbindung mit stark fragmentierten Parteiensystemen funktionieren, so lange die ideologische Distanz zwischen den einzelnen Parteien die Bildung von mehrheitsfähigen Koalitionen zulässt und dem Kongress eine zentrale Rolle im Gesetzgebungsprozess zukommt. Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei sind heute alle Parteien weniger ideologisch ausgerichtet, als dies vor 1973 der Fall war. Das Hauptinteresse der demokratischen Parteien richtet sich auf die pragmatische Lösung der konkreten Probleme des Demokratisierungsprozesses. Selbst die KP kann nur bedingt als antisystemische Partei in Sartoris Sinne bezeichnet werden.³⁶ Den drei wichtigsten Regierungsparteien, der Christdemokratie, den Sozialisten und dem PPD, ist es bisher gelungen, das aus der Oppositionsbewegung zum Pinochet-Regime gewachsene Regierungsbündnis *Concertación* – trotz z. T. erheblich differierender Standpunkte, etwa zur Frage der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, zur Inhaftierung und Freilassung General Pinochets und zum Scheidungsrecht – zwei schwierige Legislaturperioden lang am Leben und vor allem auch funktionsfähig zu halten. Sämtliche programmatischen, aber auch die personellen Entscheidungen werden, nicht anders als etwa in parlamentarischen Systemen, vor den Wahlen durch Verhandlungen zwischen den Parteispitzen abgestimmt. In der dritten Amtsperiode wird das Bündnis nunmehr nicht von den Christdemokraten, sondern von Sozialisten und PPD angeführt. Angesichts des zunehmenden Bedeutungsverlustes der Christdemokratischen Partei seit Mitte der neunziger Jahre, dürfte sich der Koordina-

³⁴ Zu den Auswirkungen des Wahlrechts siehe Siavelis (1997). Magar/Rosenblum/Samuels (1998) weisen in ihrer kürzlich erschienenen Studie darauf hin, dass das Wahlsystem zwar Anreize zur Koalitionsbildung liefere, da Wahlbündnisse ausdrücklich erlaubt sind und Stimmen zuerst nach Listen ausgezählt werden, aber auch den Wettbewerb zwischen den Kandidaten eines Wahlbündnisses verschärfe.

³⁵ Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf die umfangreiche Literatur zur Präsidentialismusdebatte einzugehen. Stellvertretend für viele siehe Thibaut (1996) und Mainwaring/Shugart (1997).

³⁶ Immerhin beteiligte sie sich trotz widriger Wettbewerbsbedingungen an allen nach-autoritären Wahlen und verzichtete im Dezember 2001 in einigen Wahlbezirken auf die Aufstellung eigener Kandidaten, um die parlamentarische Linke zu stützen.

tionsprozess für die weitere Amtszeit von Präsident Lagos jedoch als schwierig erweisen.³⁷

Nun mag es zwar hinreichend erwiesen sein, dass ein hoher Polarisierungsgrad des Parteiensystems zu schwerwiegenden Funktionsproblemen von Demokratien führen kann (Sani/Sartori 1983), die an sich positive Entpolarisierung und Entideologisierung der chilenischen Parteien hat jedoch in jüngster Zeit auch zu einer besorgniserregenden Krise der Parteiendemokratie beigetragen. Nachdem die dramatischen politischen und wirtschaftlichen Umbrüche der vergangenen 30 Jahre zunächst zu einem verständlichen Konsensbedürfnis und einer Konfliktscheu bei großen Teilen der chilenischen Bevölkerung und der parteipolitischen Eliten geführt hatten (Nolte 1994: 69; Garretón 1993: 156; Munck/Bosworth 1998), trugen die besonderen Charakteristika der "democracia de los consensos" Ende der neunziger Jahre zu einem schwerwiegenden Bedeutungsverlust der politischen Parteien bei, der sich u.a. an der geringen Präsenz der politischen Parteien im Wahlkampf und der übertriebenen Ausrichtung auf plebiszitäre Elemente zeigt. Kandidaten versuchten ihre parteipolitische Identität bewusst zu verschleiern, die Wahlwerbung bezog sich weniger auf Programme als auf Personen (Blomeier 1998: 33f.). Der Sozialwissenschaftler Carlos Huneeus warnte in diesem Zusammenhang vor einer drohenden "Nordamerikanisierung" der politischen Parteien in Chile (Huneeus 1998a; 1998b). Die Warnung ist nicht unbegründet. Jüngste Umfragen haben gezeigt, dass die Identifikation der Bevölkerung mit politischen Parteien inzwischen deutlich abgenommen hat. Bei der Beurteilung der Leistung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen erhalten politische Parteien durchweg schlechte Noten. Besorgniserregend ist ferner die Tatsache, dass sich 1,5 Millionen Jugendliche, die eigentlich wahlberechtigt gewesen wären, vor den Kongresswahlen im Dezember 1997 nicht in die Wahlregister eintragen ließen und somit von einem grundlegenden demokratischen Grundrecht nicht Gebrauch machten. Nach der demokratiegefährdenden Polarisierung der sechziger Jahre ist es inzwischen also zu einer übertriebenen Technisierung der Politik und zu einer Konfliktscheu gekommen, die auf Dauer destabilisierend wirken kann. Die chilenischen Parteien sind somit aufgefordert, klare programmatische Profile zu entwickeln und gleichzeitig zu einer demokratischen Streitkultur zurückzufinden, die es ihnen ermöglicht, wieder den zentralen Platz einnehmen zu können, der Parteien in einer modernen Demokratie zukommt.

³⁷ Eine *exit option* der Christdemokratie in Form einer möglichen Koalition mit der gemäßigten Rechten zeichnet sich im Moment jedoch nicht ab.

Literaturverzeichnis

- Angell, Alan/Pollack, Benny (1995): *The Chilean Elections of 1993: from Polarisation to Consensus*, *Bulletin of Latin American Research*, Bd. 14, Nr. 2, S. 105-125.
- Barrett, Patrick (2000): "Chile's Transformed Party System and the Future of Democratic Stability". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Bd. 42, Nr. 3, S. 1-32.
- Benavente, Andrés (1982): *La derecha política chilena y el régimen militar 1973-1981* (= Documento de Trabajo ICHEH). Santiago de Chile.
- Blomeier, Hans-Hartwig (1998): *Chile 1997 – Die Parlamentswahlen im aktuellen politischen Kontext*. KAS-AI 1/98, S. 17-47.
- (2000): *Die Präsidentschaftswahl in Chile. Zweimal Unentschieden und doch ein Gewinner*. KAS-AI 2/00, S. 82-103.
- Cavarozzi, Marcelo/Garretón, M. A. (Hrsg.) (1989): *Muerte y resurrección. Los partidos políticos y el autoritarismo en el Cono Sur*. Santiago de Chile.
- Caviedes, César (1991): *Elections in Chile. The Road toward Redemocratization*. Boulder/London.
- Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2000): "Defekte Demokratie. Konzept, Operationalisierung und Messung". In: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Wiesbaden, S. 89-111.
- Fleet, Michael (1985): *The Rise and the Fall of the Chilean Christian Democracy*. Princeton.
- Frei Ruiz Tagle, Eduardo (1997): *Tradition und Wandel in der Christlichen Demokratie Chiles*. KAS-AI 11/97, S. 4-23.
- Garretón, Manuel Antonio (1989): "La oposición partidaria en el régimen militar. Un proceso de aprendizaje para la transición". In: Cavarozzi, Marcelo/Garretón, Manuel Antonio, S. 395-465.
- (1993): "La oposición política y el sistema partidario en el régimen militar chileno. Un proceso de aprendizaje para la transición". In: Drake, Paul/Jaksic, Iván (1993): *El difícil camino hacia la democracia en Chile 1982-1990*. Santiago de Chile, S. 391-454.
- Gil, Federico (1966): *The Political System of Chile*. Boston.
- Hofmeister, Wilhelm (1995): *Chile: Option für die Demokratie. Die Christlich-Demokratische Partei (PDC) und die politische Entwicklung in Chile 1964-1994*. Paderborn.
- Huneus, Carlos (1998a): *Malestar y desencanto en Chile. Legados del autoritarismo y costos de la transición* (= Arbeitspapier Nr. 63, Corporación Tiempo 2000). Santiago de Chile.
- (1998b): "El financiamiento de los partidos políticos y las campañas electorales en Chile". In: Castillo, Pilar/Zovatto, Daniel (Hrsg.): *La financiación de la política en Iberoamérica*. San José, S. 69-99.
- (2000): "Technocrats and politicians in an authoritarian regime. The 'ODEPLAN Boys' and the 'Gremialistas' in Pinochet's Chile". In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 32, S. 461-501.
- Jouineau, Sophie (1998): "Chili: les élections parlementaires du 11 décembre 1997". In: *Problèmes d'Amérique latine*, Jg. 31, S. 87-107.

- Kirchheimer, Otto (1969): "Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems". In: Ziebur, Gilbert (Hrsg.): *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*. Darmstadt, S. 341-374.
- Lagos, Marta (1998): "Elecciones y partidos en Chile, 1992-1996". In: *Instituto Interamericano de Derechos Humanos. Elecciones y democracia en América Latina 1992-1996: urnas y desencanto político*. San José, S. 567-603.
- Lechner, Norbert (1985): *El sistema de partidos en Chile: una continuidad problemática* (= Arbeitspapier Nr. 129, FLACSO). Santiago de Chile.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York/London.
- Magar, Eric/Rosenblum, Marc/Samuels, David (1998): "On the Absence of Centripetal Incentives in Double-member Districts. The Case of Chile". In: *Comparative Political Studies*, Bd. 31, Nr. 6, S. 714-739.
- Mainwaring, Scott/Scully, Timothy (Hrsg.) (1995): *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*. Stanford.
- Mainwaring, Scott/Shugart, Matthew (Hrsg.) (1997): *Presidentialism and Democracy in Latin America*. Cambridge et al.
- Mainwaring, Scott/Torcal, Mariano (1998): *Social Cleavages, Political Heritages, and Post-Authoritarian Party Systems: Chile in the 1990s. Paper delivered at the 1998 meeting of the Latin American Studies Association*. Chicago.
- Maza Valenzuela, Erika (1995): "Catolicismo, Anticlericalismo y la extensión del sufragio a la mujer en Chile". In: *Estudios Públicos*, Nr. 58, S. 137-195.
- Montes, Esteban/Mainwaring, Scott/Ortega, Eugenio (2000): "Rethinking the Chilean Party Systems". In: *Journal of Latin American Studies* 32, S. 795-824.
- Moulián, Tomás (1993): *La forja de ilusiones: El sistema de partidos 1932-1973*. Santiago de Chile.
- (1997): *Chile Actual. Anatomía de un Mito*. Santiago de Chile.
- Moulián, Tomás/Torres, Isabel (1989): "La problemática de la derecha política en Chile, 1964-1983". In: Cavarozzi, Marcelo/Garretón, Manuel Antonio, S. 337-393.
- (1993): "Sistema de partidos en la década del sesenta". In: Moulián, Tomás, S. 71-186.
- Munck, Gerardo/Bosworth, Jeffrey (1998): "Patterns of Representation and Competition. Parties and Democracy in Post-Pinochet Chile". In: *Party Politics*, Bd. 4, Nr. 4, S. 471-493.
- Nohlen, Dieter (1973): *Chile: Das sozialistische Experiment*. Stuttgart.
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik*. Opladen.
- Nolte, Detlef (1989): "Das chilenische Parteiensystem. Rückblick und Ausblick". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv*, Jg. 15, H. 2, S. 233-296.
- (1994): "Eine Wahl mit vielen Siegern: Wie gefestigt ist die chilenische Demokratie vier Jahre nach dem Regimewechsel". In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*. Hamburg, Bd. 11, Heft 25/26, S. 67-90.
- Núñez, Ricardo (Hrsg.) (1991): *Socialismo: 10 años de renovación, 1979-1989. De la Convergencia Socialista a la Unidad Socialista*, 2 Bde. Santiago de Chile.
- Ortega, Eugenio (1992): *Historia de una alianza*. Santiago de Chile.

- Otano, Rafael (1995): *Crónica de la transición*. Santiago de Chile.
- Pereira, Teresa (1994): *El Partido Conservador 1930-1965. Ideas, figuras y actitudes*. Santiago de Chile.
- Pollack, Marcelo (1999): *The New Right in Chile 1973-1997*. Basingstoke et al.
- Remmer, Karen L. (1984): *Party Competition in Argentina and Chile. Political Recruitment and Public Policy, 1890-1930*. Lincoln/London.
- Ruiz, Carlos (1984): "Las tendencias dominantes de la ideología política de la derecha chilena y la democratización". In: *Opciones*, Bd. 3, S. 34-56.
- Sani, Giacomo/Sartori, Giovanni (1983): "Polarization, Fragmentation, and Competition in Western Democracies". In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): *Western European Party Systems. Continuity and Change*, S. 307-340.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge, MA et al.
- Scully, Timothy (1992): *Rethinking the Center: Party Politics in Nineteenth and Twentieth Century Chile*. Stanford.
- (1995): "Reconstituting Party Politics in Chile". In: Mainwaring, Scott/Scully, Timothy, S. 100-137.
- Scully, Timothy/Valenzuela, Samuel (1997): "Electoral Choices and the Party System in Chile. Continuities and Changes at the Recovery of Democracy". In: *Comparative Politics*, Bd. 29, Nr. 4, S. 511-527.
- Siavelis, Peter (1997): "Continuity and Change in the Chilean Party System. On the Transformational Effects of Electoral Reform". In: *Comparative Political Studies*, Bd. 30, Nr. 6, S. 651-674.
- Soyke, Peter (1975): *Die politischen Parteien in den Verfassungssystemen von Argentinien, Brasilien und Chile*. Kiel.
- Thibaut, Bernhard (1996): *Präsidentalismus und Demokratie in Lateinamerika* (= Politische Organisation und Repräsentation in Lateinamerika Bd. 5). Opladen.
- Valenzuela, Arturo (1994): "Party Politics and the Crisis of Presidentialism in Chile: A Proposal for a Parliamentary Form of Government". In: Linz, Juan/Valenzuela, Arturo (Hrsg.) (1994): *The Failure of Presidential Democracy*. Baltimore/London, Bd. 2, S. 91-150.
- Valenzuela, Arturo/Valenzuela, Samuel (1982): "Partidos de oposición bajo el régimen autoritario chileno". In: *Revista Mexicana de Sociología* Bd. 44, Nr. 2, S. 599-648.
- Valenzuela, Samuel (1995): Orígenes y transformaciones del sistema de partidos en Chile, in: *Estudios Públicos* Nr. 58, S. 5-77.
- Wehr, Ingrid (1996): *Zwischen Pinochet und Perestroika. Die chilenischen Kommunisten und Sozialisten 1973-1994*. Freiburg.
- (2001): "Lipset und Rokkan 'a la latina'. Einige Überlegungen anhand des chilenischen Parteiensystems". In: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme*. Opladen, S. 203-220.